

Sehr geehrter Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

in Gelsenkirchen gab und gibt es eine große Solidarität mit Geflüchteten und eine große Bereitschaft, mehr Schutzsuchende aufzunehmen. Diese positive Entwicklung muss gestärkt werden, gerade in Zeiten des grassierenden Rechtsrucks. Doch der Bundesfinanzminister will die flüchtlingsbezogenen finanziellen Zuwendungen an Länder und Kommunen rigoros zusammenkürzen. Das ist eine fatale Idee.

Flüchtlingsaufnahme ist eine Aufgabe des Bundes. Entsprechend muss der Bund für die Kosten aufkommen. Benötigt werden ausreichende finanzielle Zuwendungen, die die durch die Flüchtlingsaufnahme entstehenden tatsächlichen kommunalen Kosten abdecken und notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur ermöglichen, um langfristig neue Mitmenschen gut in die Kommunen zu integrieren.

Wir in Gelsenkirchen können die Kosten für die Integrationsarbeit allerdings kaum tragen. Dadurch besteht die Gefahr, dass die Integrationsarbeit und die Förderung von Geflüchteten abgeschwächt oder gegen andere Projekte ausgespielt werden wird. Eine solche Politik verschärft das gesellschaftliche Klima und schadet sowohl der Stadt als auch den Geflüchteten. DIE LINKE. lehnt daher eine Kürzung der Mittel ab und fordert die Landesregierung auf, sich klar gegen diese Politik des Bundes zu stellen.

Bleibt abzuwarten, wie die Regierungskoalitionspartner letztlich auf

Bundesebene über den Vorschlag des Bundesfinanzministers abstimmen.

Wir warten mit Spannung darauf wie sich die Mitglieder von SPD und CDU in Regierung und Parlament für die Erhöhung der Zuwendungen flüchtlingsbezogener Kosten an Länder und Kommunen aussprechen.

Wir werden der Resolution der SPD zustimmen. Was sinnvoll für die Stadt ist wird DIE LINKE. mittragen.

Gelsenkirchen, den 28.03.2019

Martin Gatzemeier (Stadtverordneter)

Es gilt das gesprochene Wort!